

Unterstützung für die Geraer Regionalbibliothek



Aus Anlass des Welttages des Buches hatte der LINKE-Landtagsabgeordnete Dieter Hausold am 24. April eine Bücherspende im Wert von über 250 Euro an den Leiter der Geraer Regionalbibliothek, Rainer Schmidt, übergeben. Mit diesem Engagement leistet der Abgeordnete seit vielen Jahren einen Beitrag für eine attraktive Medienauswahl in der Bibliothek, die natürlich von aktuellen Titeln lebt. „Eine Bibliothek ist immer auch Bildungseinrichtung und verdient deshalb die besondere Unterstützung, gerade in Zeiten knapper Kassen und wachsender Armut“, so Dieter Hausold, der auch Vorsitzender des Geraer Stadtrates ist. Auf Beschluss des Stadtrates kann die Geraer Bibliothek seit kurzem gebührenfrei von allen Kindern und Jugendlichen bis 18 Jahre genutzt werden.

Andreas Schubert, Mitarbeiter im Bürgerbüro von Dieter Hausold in Gera ■

Antrag zu Vorschriften zur Akteneinsicht

Dem Landtag liegt jetzt zur Beratung ein Antrag der Koalitionsfraktionen zur Anwendung und Auslegung der Vorschriften zur Akteneinsicht für Fraktionen vor.

Im Zuge der Aufarbeitung der sogenannten Carius-Affäre, bei der es um die zensierte und gekürzte Stellungnahme des Innenausschusses an das Landesverfassungsgericht im Zusammenhang mit der Klage der CDU-Fraktion zum Vorschaltgesetz für die Gebietsreform geht, haben die Koalitionsfraktionen Akteneinsicht beantragt.

Die Abgeordneten wollen dabei auch Erarbeitungsunterlagen zu dem Vorgang einsehen. Nur so lässt sich nachvollziehen, wie es zu den Kürzungen gekommen ist. Landtagspräsident Christian Carius (CDU) hat diesem Antrag auf Einsicht in die Unterlagen nur zum Teil entsprochen. Hinzu kommt, dass es Hinweise darauf gibt, dass der Landtagspräsident sich bei der Abwicklung des Schriftverkehrs mit dem Gericht nicht an Beschlüsse und Vorgaben des Innenausschusses gehalten hat. Auch um etwaige zukünftige Problemfälle in der Zusammenarbeit der Abgeordneten und Ausschüsse mit dem Landtagspräsidenten bzw. der Landtagspräsidentin zu verhindern, soll nun der Justizausschuss Auslegung und Anwendung verschiedener Regelungen klären. Ziel ist es, dass Landtagspräsidenten nicht auf Gutsherrenart den Abgeordneten Informationen vorenthalten können. ■

Gegen eine Speicherung von Fluggastdaten

Die Bundesregierung hat am 28. April ein Gesetz verabschiedet, das die Speicherung einer Vielzahl von Daten von Fluggästen über den Zeitraum von fünf Jahren vorsieht.

Dazu erklärte die datenschutzpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Katharina König: „Alleine der Grund, dass jemand das Verkehrsmittel Flugzeug benutzt, macht ihn damit zum Verdächtigen, dessen Daten für fünf, unter Umständen auch 15 Jahre, gespeichert werden. Die LINKE hält das für einen verfassungswidrigen Generalverdacht. Und das Ziel des Gesetzes, auch präventiv verdächtige Reisemuster erkennen zu wollen, kommt einer Rasterfahndung, die ebenfalls nicht mit dem Grundgesetz vereinbar ist, gleich. Man kann davon ausgehen, dass das Gesetz nicht lange Bestand haben wird.“

Aber auch aus Datenschutzgründen ist die Schaffung eines solchen Datenaufbaus abzulehnen. Allein das Erheben von bis zu 60 Einzeldaten zu jeder Person ist mit dem Grundsatz der Datensparsamkeit überhaupt nicht in Einklang zu bringen. Einmal angesammelt geben sie nicht nur die Möglichkeit zur anlasslosen Massenüberwachung. Sie stellen gleichzeitig auch ein lukratives Ziel für kriminelle Angriffe dar, zumal auch Bank- und Kreditkartendaten angehäuft werden. Ein fatales Gesetz für die Menschen in diesem Land und jene, die es besuchen.“ ■

Einladung zum Kreativwettbewerb

Der 30. April war der Internationale Tag der gewaltfreien Erziehung. Dieser Aktionstag, der durch die UN ins Leben gerufen wurde, soll darauf aufmerksam machen, dass Kinder Rechte haben. Insbesondere haben Kinder das Recht, ohne Gewalt und Vernachlässigung aufzuwachsen.

DIE LINKE-Fraktion im Thüringer Landtag hat diesen Tag zum Anlass genommen, sich mit den Kinderrechten auseinanderzusetzen und eine Initiative gestartet, mit der sie Kinder und Jugendliche zu einem Kreativwettbewerb einlädt. Unter dem Motto „Wenn ich einen Wunsch frei hätte, dann würde ich ...“ ist die Kreativität von Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahre gefragt, ihre Wünsche durch Malen, Basteln, Dichten usw. darzustellen. „Dieser Wettbewerb soll Hoffnungen, Sehnsüchte und Träume von Kindern und Jugendlichen in den Thüringer Landtag holen“, erläutert die Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow. „Anstatt immer nur über junge Menschen zu reden, sollten sie selbst zu Wort kommen.“



Alle eingereichten Werke werden im Juni und Juli auf dem Fraktionsflur der LINKEN im Thüringer Landtag ausgestellt. Die feierliche Eröffnung der Ausstellung sowie die Präsentation der eindrucksvollsten Einsendungen finden am 7. Juni statt. Natürlich werden auch Preise vergeben, wie z. B. ein Pizze-Essen mit Bodo Ramelow.

Die Teilnahme ist bis zum 25. Mai möglich. Beiträge sind zu senden an:

Thüringer Landtag
Fraktion DIE LINKE
„Kreativwettbewerb“
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

fraktion@die-linke-thl.de
Fax: 0361/377 24 16 ■

Nebenbei NOTIERT

von Annette Rudolph

Gewissensnöte

Frau Marion Rosin kann es also mit ihrem „Gewissen“ und ihrer „beruflichen Erfahrung nicht mehr länger vereinbaren, diese Politik im Thüringer Landtag mitzutragen und parlamentarisch abzusichern“.

Offenbar ohne zuvor mit irgendjemandem in der Fraktion über ihre Gewissensnöte geredet zu haben, tritt sie über Nacht nach 18jähriger SPD-Mitgliedschaft aus der Partei aus und wechselt am nächsten Morgen nahtlos in die CDU-Fraktion, die sie, offenbar gut vorbereitet, einhellig aufnimmt. Per lapidarem Fax und knappen Anrufen beim Fraktions- und beim Landesvorsitzenden der SPD gegen 22 Uhr am Abend zuvor verabschiedet sie sich aus der Sozialdemokratie und der rot-rot-grünen Koalition und lässt ob ihres Salto mortale eine ganze Menge Ratlosigkeit und herbe Enttäuschung zurück.

In ihrer nachgeschobenen Erklärung verweist sie darauf, dass „die frei gewählten Abgeordneten Vertreter aller Bürger des Landes“ und nur ihrem Gewissen verantwortlich“ sind. Freilich ist das so eine Sache mit dem Gewissen. Unter der Überschrift „Reisende soll man nicht aufhalten – unwahre Behauptungen klarstellen aber schon“, gab die SPD-Abgeordnete Dorothea Marx eine Pressemitteilung heraus, in der sie an die „glühende Verfechterin einer rot-rot-grünen Koalition“ erinnert, die seither zahlreiche Beschlüsse eben dieser Koalition „selbst mit herbeigeführt“ hat.

Eine heftige öffentliche Diskussion ist entbrannt, nachzulesen in den Foren der Zeitungen und im Internet. Ich finde ja „The.“ hat es bei den mdr-Kommentaren gut auf den Punkt gebracht: „Ja. Sie ist ihrem Gewissen verpflichtet, und damit verpflichtet, soviel Gewissen zu haben, ihre Wählerinnen und Wähler nicht zu betrügen!!! Doch das tat sie, und das kann man kommentieren wie man will, es ist Betrug und schadet einmal mehr der Demokratie.“ ■

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.)
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.